

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 4. Dezember 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **B 156 Ökologisierung der Verkehrssteuern; Entwurf Änderung des Gesetzes über die Verkehrsabgaben und den Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechtes / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

#### **2. Beratung**

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Die WAK hat die 2. Beratung der Vorlage anlässlich ihrer Sitzung vom 9. November 2023 durchgeführt. Es wurden keine neuen Anträge eingereicht. Vereinzelt Nachfragen konnten geklärt werden. Zum Zeitpunkt der 2. Beratung lag der überarbeitete Entwurf der Redaktionskommission (RK) bereits vor. Die RK hat keine inhaltlichen Änderungen vorgenommen, sondern einzig redaktionelle Anpassungen vorgeschlagen, die vorsehen, dass der Begriff Kilowattstunden nicht mehr ausgeschrieben wird, sondern durch die Kurzform kWh ersetzt wird. In der Schlussabstimmung hat die WAK der Vorlage mit 9 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Thomas Alois Hodel: Aus Sicht der SVP-Fraktion werden mit dieser Vorlage die schweren Elektroautos bevorteilt. So würde ein Tesla Model 3 noch 128 statt 860 Franken bezahlen. Das ist eine Reduktion von 85 Prozent. Die Elektroautos sind die gleichen Profiteure, weil sie heute schon keinen Beitrag an die Strasseninfrastruktur leisten. Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass diese Aussage vom Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), der eigentlich eher eine linksgerichtete Verkehrspolitik verfolgt, anlässlich eines Beitrags von Radio «SRF 1» gestützt wurde. Das Gesetz hat eine Lebensdauer von nur gerade fünf Jahren. Deshalb verzichtet die SVP darauf, das Referendum zu ergreifen. Es ist uns aber trotzdem ein Anliegen, dass die Vorlage abgelehnt wird, weil sie wegen der kurzen Zeitdauer nicht von grossem Nutzen ist. Die SVP-Fraktion lehnt die Vorlage ab.

Simone Brunner: Ich nehme Bezug auf die Äusserungen von Thomas Hodel in der Sessionsvorschau der «Luzerner Zeitung» unter dem Titel «Sollen schwere Elektroautos noch weniger zahlen?». Ich finde, dass er damit einen wichtigen Punkt aufgenommen hat. Wir haben anlässlich der 1. Beratung dieser Vorlage einen Antrag zur Verschärfung des Bonus gestellt. Wenn die SVP-Fraktion diese Argumentation früher zur Sprache gebracht hätte, hätten wir allenfalls sogar Gemeinsamkeiten gefunden, um eine Verschärfung dieses Bonus zu erreichen. Jetzt ist es leider zu spät. Das Bonus-Malus-System ist dynamisch ausgestaltet und passt sich dem technologischen Fortschritt an. Aufgrund der technologischen Entwicklung können wir davon ausgehen, dass es in der kleineren Klasse mehr rein elektrisch

betriebene Fahrzeuge geben wird. Deshalb ist davon auszugehen – so wurde es in der Kommission auch von den Fachpersonen ausgeführt –, dass der Tesla unter die Energieeffizienzklasse C fallen wird und nicht mehr von einem Bonus profitieren kann.

Samuel Zbinden: Wir haben von der SVP monatelang gehört, dass sie sich für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und gegen eine Zweiklassengesellschaft einsetzen will. Ich möchte doch noch wissen, für welche Bürgerinnen und Bürger sie sich gegen dieses Gesetz einsetzen will. Konkret bezahlen die kleinen, leichten und günstigen Fahrzeuge, egal ob Elektro- oder Benzinfahrzeuge, in der Tendenz weniger. Die klassischen Mittelklassefahrzeuge bezahlen meistens etwa gleich viel, beispielsweise ein VW Golf. Zur Kasse gebeten werden grosse, schwere und schmutzige Fahrzeuge, wie etwa der Mercedes Benz der S-Klasse. Konkret geht es der SVP also darum, dass die Halter von Luxusklassen und Sportwagen nicht mehr bezahlen sollen. Es geht also nicht um die einfachen Bürgerinnen und Bürger oder um eine Zweiklassengesellschaft, sondern höchstens um den Erhalt von Privilegien. Gegen Ende der Beratung hat die SVP ihre Argumentation gewechselt. Ich weiss nicht, ob Sie unsere Vernehmlassung gelesen haben, denn wir haben ebenfalls kritisiert, dass ein schweres Elektroauto gleich bevorteilt wird wie ein leichtes. Wir haben unser Anliegen in der Vernehmlassung, in der WAK sowie hier im Rat eingebracht. Wir haben probiert, das Gesetz zu verbessern und die Ökologisierung zu verstärken. Das hätten Sie ebenfalls tun können. Seitens der SVP-Fraktion habe ich aber keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört, wie wir die Ökologisierung innerhalb der Elektrofahrzeuge verbessern könnten. Jetzt, wo es in die Argumentation passt, greift sie das Thema auf. Es ist aber schön zu hören, dass die SVP das Referendum nicht ergreifen will.

Angela Lüthold: Wir haben unsere Argumentation nicht geändert. In der Zwischenzeit haben wir anlässlich einer Zusammenkunft mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) vertiefte Zahlen erhalten. Am Schluss mussten wir feststellen, dass ein grösserer Teil für diese Steuer in etwa gleich viel bezahlt, also nicht mehr. Deshalb verzichteten wir darauf, das Referendum zu ergreifen. Das ist eine politische Entscheidung. Gegenüber der Vorlage sind wir aber nach wie vor kritisch eingestellt, denn sie ist sehr technokratisch, bürokratisch und ungleich, Beispiele dazu haben wir gehört. Das Referendum zu ergreifen, wäre aber unverhältnismässig gewesen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Wir revidieren ein 30-jähriges Gesetz. Die Bevölkerung hat vor rund 20 Jahren über die letzte Vorlage abgestimmt, die damals abgelehnt wurde. In der Zwischenzeit hat Ihr Rat Vorlagen bestellt, die wiederum zurückgewiesen wurden. Wir befinden uns heute an einem anderen Punkt, denn wir haben aus den Abstimmungen in verschiedenen anderen Kantonen gelernt. Deshalb sind wir überzeugt, dass wir Ihnen eine ausgewogene und gut austarierte Vorlage vorgelegt haben. Ich danke der SVP-Fraktion ausdrücklich. Wir haben ihre Kritikpunkte gehört, die in der Kommission und bei einem persönlichen Treffen im JSD geklärt werden konnten. Die Vorlage ist mehrheitsfähig, aber wir können nicht alle Wünsche zu 100 Prozent berücksichtigen. Wir sind aber der Meinung, dass es nun an der Zeit ist, einen Schritt vorwärts zu gehen. Ich bin sehr froh, dass die SVP darauf verzichtet, das Referendum zu ergreifen. Wir wissen natürlich nicht, ob eine andere Gruppierung das Referendum ergreift. Sollte das nicht der Fall sein, kann die Vorlage am 1. Januar 2025 in Kraft treten. Ansonsten verschiebt sich dieses Datum um ein Jahr. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, der Vorlage zuzustimmen.

Antrag Thomas Alois Hodel: Ablehnung.

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Dieser Antrag ist der WAK vorgelegen, er wurde in der Schlussabstimmung aber abgelehnt.

Thomas Alois Hodel: Die Gründe wurden bereits genannt. Das Gesetz hat eine Lebensdauer von fünf Jahren, was aus unserer Sicht nicht viel bringt.

Der Rat lehnt den Antrag mit 76 zu 27 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Änderung des Gesetzes über die Verkehrsabgaben und den Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechtes, wie sie aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 80 zu 26 Stimmen zu.